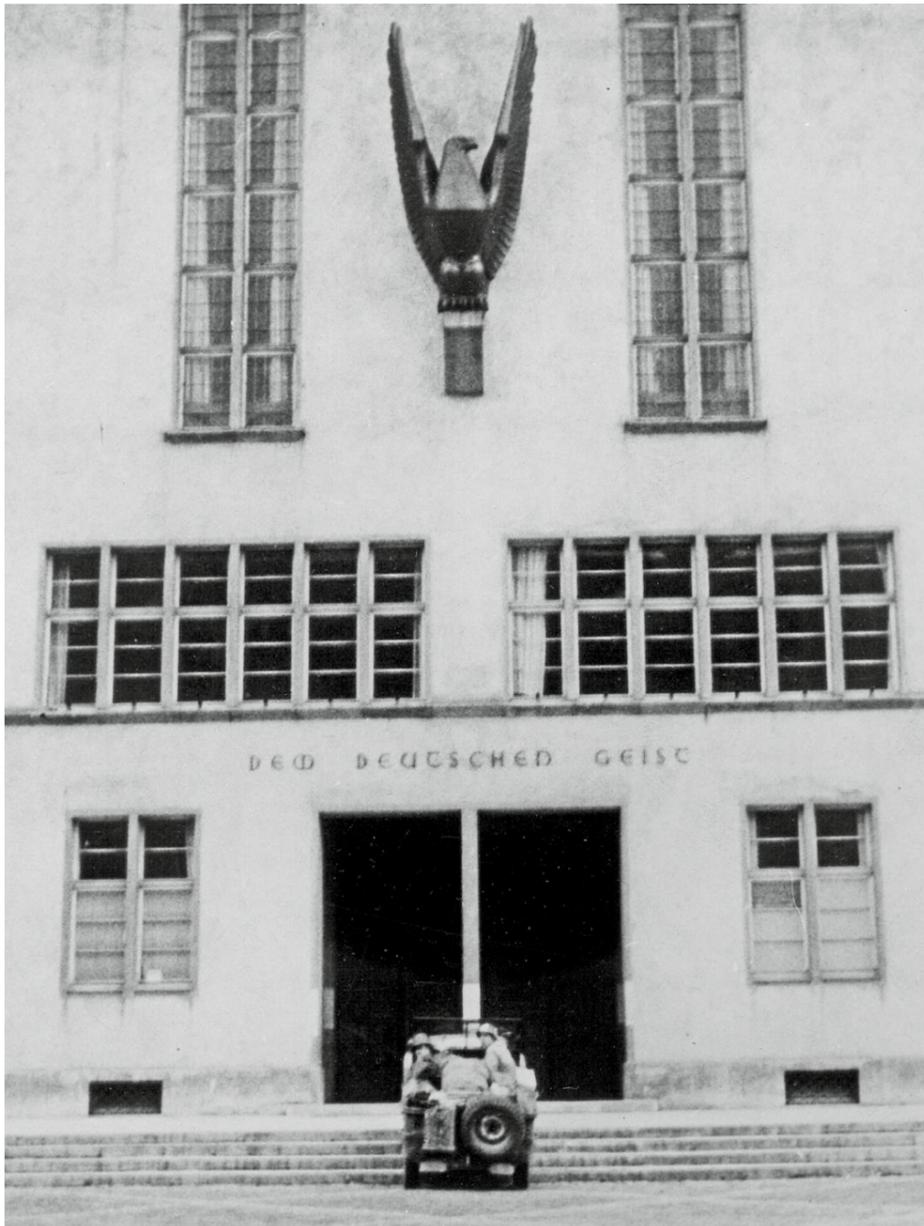


ERST GESCHLOSSEN, DANN WIEDERERÖFFNET

Das Ende des Zweiten Weltkriegs an der Ruperto Carola – Von Frank Engehausen



Nach der Eroberung Heidelbergs durch amerikanische Besatzungstruppen wurde Ende März 1945 die Ruperto Carola geschlossen. Zu dieser Zeit prangte über dem Eingangportal der Neuen Universität noch der Reichsadler mitsamt der Inschrift »Dem deutschen Geist«. Auf Weisung der Militärregierung wurde noch im gleichen Jahr das ursprüngliche Ensemble aus Pallas Athene und der Widmung »Dem lebendigen Geist« wiederhergestellt.
Foto: Universitätsarchiv Heidelberg

Vierorts wird in diesem Jahr an das Ende des Zweiten Weltkriegs vor 75 Jahren erinnert, das auch für die Universitäten in Deutschland ein einschneidendes Ereignis war. Prof. Dr. Frank Engehausen vom Historischen Seminar rekonstruiert in seinem Beitrag für den Unispiegel die Vorgänge an der Universität Heidelberg in dieser schwierigen Zeit.

In ihrer vielhundertjährigen Geschichte wurde die Universität Heidelberg mehrfach auf unbestimmte Dauer geschlossen. Die Anlässe waren im 15. Jahrhundert Streitigkeiten zwischen Studenten und der Heidelberger Bürgerschaft, bis ins 16. Jahrhundert hinein Seuchen und sowohl im 17. als auch im 18. Jahrhundert Kriegseinwirkungen. Die jüngste

Schließung war ebenfalls eine Kriegsfolge: Sie begann am 31. März 1945 unmittelbar nach dem Einmarsch US-amerikanischer Truppen in Heidelberg.

Die Schließung war Teil eines Maßnahmenkatalogs, der den Sicherheitsinteressen der Besatzungsmacht diente, die zugleich mehrere Universitätsgebäude – darunter die Neue Universität und die Universitätsbibliothek – zur eigenen Nutzung beschlagnahmte. Damit war vorgezeichnet, dass die Ruperto Carola, anders als die ebenfalls geschlossenen Banken, Geschäfte und Gaststätten, nicht rasch wiedereröffnet werden würde. Dies hätte der Prämisse widersprochen, Bildungseinrichtungen, die man für Brutstätten der nationalsozialistischen Ideologie hielt, grundlegend zu säubern. Während das Ziel der Säuberung – die »Entnazifizierung« – außer Zweifel stand, war der Weg dorthin ungewiss und insbesondere auch, ob und wie weit Heidelberger Universitätsangehörige beteiligt werden sollten.

Bei einem Teil der Professoren war die Bereitschaft dazu vorhanden. Bereits am 5. April trat ein 13-köpfiger Ausschuss zum Wiederaufbau der Universität zusammen, dem zu ungefähr gleichen Teilen von den Nationalsozialisten entlassene und als politisch unbelastet geltende Professoren angehörten. Den Vorsitz führte der Theologe Martin Dibelius, als prägende Figuren traten der Philosoph Karl Jaspers und der Mediziner Karl Heinrich Bauer hervor. Die Arbeit dieses Ausschusses konzentrierte sich auf drei Themenfelder: die Ausarbeitung einer neuen Satzung der Universität, deren Autonomie nach zwölf Jahren Diktatur wiederhergestellt werden sollte; die Schaffung der sachlichen Voraussetzungen für die Wiedereröffnung, was im Falle der Universitätsbibliothek die Rückführung der wegen des Luftkriegs ausgelagerten Buchbestände bedeutete; schließlich die politische Säuberung.

Wiederaufnahme des Lehrbetriebs

Mit den ersten beiden Herausforderungen kam der Ausschuss rasch voran: Nach den Fakultäten, an deren Spitzen geschäftsführende Dekane traten, formierte sich ein provisorischer Senat, der Anfang August Karl Heinrich Bauer zum Rektor wählte. Festen rechtlichen Boden schuf die im November 1945 verabschiedete neue Satzung, die in ihren institutionellen Regelungen eng an die Universitätsverfassung von 1919 anknüpfte. Der Lehrbetrieb hatte zu diesem Zeitpunkt bereits teilweise wieder begonnen. Den Anfang hatte am 15. August ein Fortbildungskurs für kriegsapprobierte Ärzte an der Medizinischen Fakultät gemacht, die ebenso wie die Theologische Fakultät im November vollständig wiedereröffnet wurde. Die übrigen Fakultäten – die Juristische, die Philosophische und die Naturwissenschaftlich-Mathematische – folgten im Januar 1946, nachdem Widerstände aufseiten der Militärregierung überwunden worden waren.

Ein wichtiges Zugeständnis, das bei der Wiederöffnung gemacht werden musste, waren strikte Zulassungsbeschränkungen für die Studierenden. Diese wurden zur Schonung der noch fragilen Ressourcen der Universität vorgenommen und auch mit Rücksicht auf die prekären Unterbringungsverhältnisse im unzerstörten Heidelberg, das zahlreiche Luftkriegsgeschädigte und Flüchtlinge anzog. Aber ebenso

spielte die Furcht vor den politischen Unwägbarkeiten einer Zusammenballung junger Menschen eine Rolle. Hierauf ging auch Rektor Bauer ein, als er Anfang Oktober den Präsidenten des Landesbezirks Mannheim bat, die Bemühungen um Wiedereröffnung der Universität der Militärregierung gegenüber zu unterstützen: Zwar sei die jetzige akademische Jugend »zwölf Jahre lang der verlogenen Nazi-Propaganda ausgesetzt« gewesen, hiervon könne sie jedoch durch »geistige Führung« kuriert werden. Die Wiedereröffnung der Universität sei also auch ein Schutz vor »ultraradikaler Demagogie«, zumal die Studierenden in Heidelberg »nur Lehrer vor sich haben« würden, »die alle Bürgerschaft bieten, frei von Nazi-Geist zu sein und zur künftigen demokratischen Geisteshaltung umerziehen zu können«.

Rückkehr zur Normalität?

Bauers Argumentation suggerierte, dass die »Entnazifizierung« der Heidelberger Professorenschaft bereits abgeschlossen sei. Dies indes war im Oktober 1945 mitnichten der Fall. Zwar hatte der Senat in einem Versuch der Selbstreinigung im Juli beschlossen, 13 »Repräsentanten extremen Nazitums« aus dem Lehrkörper zu streichen. Als die Militärregierung jedoch ab Oktober die allgemeinen Entnazifizierungsrichtlinien, die sich an politischen Formalbelastungen wie der NSDAP-Parteimitgliedschaft orientierten, auf die Universität anwandte, wurden große Lücken in den Lehrkörper geschlagen: Knapp 42 Prozent der Professoren, Privatdozenten und Assistenten wurden entlassen, und noch höher war die Entlassungsquote bei den Ordinarien (66 Prozent). Die meisten Betroffenen konnten nach einigen Monaten oder auch erst Jahren in den öffentlichen Dienst zurückkehren, da sie in den Spruchkammerverfahren entlastet oder als bloße »Mitläufer« eingestuft wurden. Bei der vollständigen Wiedereröffnung der Universität im Januar 1946 waren viele Lehrstühle aber noch unbesetzt.

Auf demokratischer Grundlage personell konsolidiert, wie Karl Heinrich Bauer glauben machen wollte, war die Universität zu diesem Zeitpunkt gewiss noch nicht. Dies sahen auch zwei damals wichtige Akteure so: Daniel F. Penham, der im Oktober 1945 als Beauftragter des militärischen Abwehrdienstes der USA nach Heidelberg gekommen war, empfahl in einem Memorandum vom Februar 1946 sogar, die gerade eröffnete Universität wieder zu schließen, bis sowohl die Professoren als auch die Studierenden politisch überprüft worden seien. Und auch Karl Jaspers war unzufrieden mit der raschen Rückkehr zu vermeintlicher Normalität, hinter der seiner Meinung nach die geistige »Neugründung« der Universität in Vergessenheit zu geraten drohte. Er verließ bekanntlich Heidelberg in dem Bewusstsein: »Die Jahre von 1945 bis 1948 waren vertan.« In seiner Tendenz, wenn auch vielleicht nicht in seiner Schärfe, wird man dem Urteil von Jaspers auch heute noch zustimmen können: In dem Zielkonflikt zwischen der ethisch gebotenen politischen Neufundierung und der praktisch motivierten raschen Wiederherstellung institutioneller Effizienz optierten die neue Universitätsleitung und auch maßgebliche Personen aufseiten der Besatzungsmacht für Letztere.

»Prämisse der US-Besatzungsmacht: Bildungseinrichtungen, die man für Brutstätten der nationalsozialistischen Ideologie hielt, grundlegend zu säubern«

CHRONIK 1945

